

Lieferant*innenvereinbarung (Stammdatenblatt)

Rechtsform:	juristische Person: <input type="checkbox"/> AG <input type="checkbox"/> e.G. <input type="checkbox"/> GmbH <input type="checkbox"/> UG <input type="checkbox"/> KGaA <input type="checkbox"/> Stiftung <input type="checkbox"/> Anstalt <input type="checkbox"/> Verein <input type="checkbox"/> Körperschaft <input type="checkbox"/>	natürliche Person: <input type="checkbox"/> Einzelperson <input type="checkbox"/> GbR. <input type="checkbox"/> Stille Gesellschaft. <input type="checkbox"/> eK. <input type="checkbox"/> OHG <input type="checkbox"/> KG. <input type="checkbox"/> PartG <input type="checkbox"/>
Name des Unternehmens bzw. Vor- und Nachname, Geburtsdatum und Staatsangehörigkeit der natürlichen Person bei höchstpersönlicher Erledigung:		Geburtsdatum: TT.MM.JJJJ Staatsangehörigkeit:
Anschrift Straße, Hausnummer: PLZ und Ort: Land:		
allgemeine Kontaktdaten Telefonnummer:		
E-Mail-Adresse (für den Empfang von Aufträgen):		
Ansprechperson Name und Vorname: Telefonnummer: E-Mailadresse:		
Umsatzsteuer-ID bzw. Steueridentifikationsnummer und zuständiges Finanzamt:		
Bankverbindung Kontoinhaber: IBAN: BIC:		

Die natürliche Person bzw. der*die für diese Erklärung berechnigte Vertreter*in der voran genannten natürlichen oder juristischen Person erklärt, dass keine der zwingenden Ausschlussgründe nach § 31 Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) in Verbindung mit §§ 123 und 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) auf sich bzw. sein* ihr Unternehmen zutreffen:

Ja

Nein,

Sofern Sie sich bzw. Ihr Unternehmen in einer der vorgenannten Situationen befinden, können Sie auch Nachweise dafür erbringen, dass Sie ausreichende Maßnahmen getroffen haben, damit trotz des Vorliegens eines einschlägigen Ausschlussgrundes dieser nicht zur Anwendung kommt (Selbstreinigung gemäß § 31 Abs. 2 UVgO in Verbindung mit § 125 GWB). Nachweis(e) liegt/liegen anbei.

.....
 Ort, Datum

.....
 Unterschrift

Lieferant*innenvereinbarung (Erklärung von juristischen und natürlichen Personen)

Die auf Seite 1 dieser Erklärung genannte juristische oder natürliche Person erkennt als Auftragnehmer*in für jeden, von der Universität Mannheim erteilten Auftrag die einschlägigen Vertragsbedingungen der Universität Mannheim an. Die aktuell gültigen Vertragsbedingungen der Universität Mannheim finden Sie unter <https://www.uni-mannheim.de/universitaet/organisation/stabsstellen/vergabe-und-beschaffung/vertragsbedingungen/>.

Geschäftsbedingungen des*der Auftragnehmer*in finden keine Anwendung, auch wenn die Universität Mannheim ihrer Geltung nicht gesondert widerspricht. Allgemeine Geschäftsbedingungen des*der Auftragnehmer*in und von dem Bestellschreiben oder den Vertragsbedingungen der Universität Mannheim abweichende oder widersprechende Bedingungen des*der Auftragnehmer*in gelten daher nur, wenn diese von der Universität Mannheim explizit anerkannt wurden.

Die Lieferung erfolgt frei Haus und frei Verwendungsstelle (inklusive aller Transportkosten). Das Transportrisiko liegt bei dem*der Auftragnehmer*in.

Das Zahlungsziel beläuft sich auf 30 Tage rein netto.

Die Rechnung ist unter Angabe der Bestell-/Vertragsnummer bzw. des Leitkriteriums sowie des Leistungsempfängers (werden bei einer Bestellung mitgeteilt) im XRechnungsformat (Standard: UBL oder CII) per E-Mail an die folgende Rechnungsanschrift zu senden. Der*die Lieferant*in kann bis zum 31.12.2025 ausnahmsweise eine PDF-Datei senden bei Rechnungen bis zu einem Betrag von 1.000 Euro ohne Umsatzsteuer oder wenn er*sie ein*eine Lieferant*in im Nicht-EU-Ausland sein sollte, welcher*welche nicht über die technischen Voraussetzungen zur Stellung einer XRechnung verfügt. Die weiteren Hinweise zur Rechnungsstellung (siehe unter <https://www.uni-mannheim.de/universitaet/organisation/verwaltung/dezernat-iv/zentraler-rechnungseingang/>, insbesondere zum Format und Pflichtangaben) sind bei der Rechnungsstellung zu berücksichtigen.

Universität Mannheim
Kreditorenbuchhaltung
Postfach
68131 Mannheim
rechnungseingang@uni-mannheim.de

Information zur Umsetzung der datenschutz-rechtlichen Vorgaben nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen finden Sie unter <https://www.uni-mannheim.de/universitaet/organisation/stabsstellen/vergabe-und-beschaffung/information-zum-datenschutz/>.

Ich verpflichte mich bzw. wir verpflichten uns zur Einhaltung der Vorgaben zum Mindestentgelt und der Scientology-Schutzerklärung gemäß Seite 4 und 5 dieser Vereinbarung.

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift

Lieferant*innenvereinbarung (Erklärung von natürlichen Personen)

Hiermit erkläre ich als natürliche Person bzw. als von dieser bevollmächtigte Person Folgendes. Sollten sich während der Leistungserbringung Änderungen ergeben, teile ich diese umgehend und unaufgefordert mit.

Ich bin bzw. wir sind nicht ausschließlich für die Universität Mannheim tätig und beziehe bzw. beziehen einen wesentlichen Teil meiner bzw. unserer Einkünfte durch andere Auftraggeber*innen. Ich bin bzw. wir sind bei der Ausführung der Tätigkeiten fachlich, örtlich und zeitlich selbstbestimmt und unterliege bzw. unterliegen keinem Weisungsrecht der Universität Mannheim. Eine Eingliederung in die Arbeitsorganisation der Universität Mannheim erfolgt nicht. Ich unterliege bzw. wir unterliegen mit der Vergütung aus den Tätigkeiten für die Universität Mannheim daher nicht dem Lohnsteuerabzug (§ 38 EstG). Es besteht Sozialversicherungsfreiheit. Bei Unklarheit zur Sozialversicherungspflicht wird ein Antrag „auf Feststellung des sozialversicherungsrechtlichen Status“ nach § 7a SGB IV zur Prüfung bei der Rentenversicherung gestellt.

Ich beschäftige bzw. wir beschäftigen versicherungspflichtige Arbeitnehmer*innen (außer geringfügig Beschäftigte)?

- Nein
- Ja

Nachfolgende Bestätigungen sind nur bei höchstpersönlicher Erfüllung erforderlich, wenn voran genannte Frage also verneint wurde:

Ich bestätige, dass ich nicht Beschäftigte*r der Universität Mannheim bin. Hierunter fallen auch Hilfskraft- und Torentätigkeiten.

Ich war zu einem früheren Zeitpunkt an der Universität Mannheim beschäftigt?

- Nein.
- Ja, bis TT.MM.JJJJ mit folgender Tätigkeit:

Die zu beauftragende Leistung grenzt sich wie folgt zu der früheren Tätigkeit ab (ggf. Verweis auf Anlage):

Ich bin im öffentlichen Dienst tätig?

- Nein. .
- Ja und es liegt eine Nebentätigkeitsgenehmigung vor, die ich im Bedarfsfall/auf Anfrage vorlege.

Sofern die Leistungen in Deutschland erbracht werden und ich kein*keine Schengenbürger*in sein sollte, lege ich dieser Erklärung meinen Aufenthaltstitel und meine Arbeitserlaubnis je in Kopie bei.

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift

Lieferant*innenvereinbarung (Ergänzende Erklärungen von natürlichen und juristischen Personen bei der Erbringung von Leistungen)

1. Erklärung zur Technologie von L. Ron Hubbard

Ich versichere/ Wir versichern, dass bei Ausführung der Leistung

- ich/wir die Technologie von L. Ron Hubbard nicht anwende/anwenden, lehre/lehren oder in sonstiger Weise verbreite/verbreiten;
- ich/wir den zur Erfüllung des Vertrages eingesetzten Personen untersage/untersagen, die Technologie von L. Ron Hubbard bei Ausführung der Leistung anzuwenden, zu lehren oder in sonstiger Weise zu verbreiten;
- nach meiner/unserer Kenntnis keine der zur Erfüllung des Vertrages eingesetzten Personen die Technologie von L. Ron Hubbard anwendet, lehrt oder in sonstiger Weise verbreitet.

Ich verpflichte mich/Wir verpflichten uns, solche zur Erfüllung des Vertrages eingesetzte Personen von der weiteren Ausführung der Leistung unverzüglich auszuschließen, die während der Vertragsdauer die Technologie von L. Ron Hubbard anwenden, lehren oder in sonstiger Weise verbreiten, soweit ich/wir hiervon Kenntnis habe/haben.

- ### 2. Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt (sofern der öffentliche Auftrag nicht vom AEntG erfasst wird und es sich nicht um Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene handelt) zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)
- Ich erkläre/Wir erklären, dass meinen/unseren Beschäftigten (ggf. mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht oder mein/unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst, dass

- mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Unterauftragnehmer*innen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen;
- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Unterauftragnehmer*innen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben;
- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart werden kann;
- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Unterauftragnehmer*innen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
 - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens und die von mir/uns beauftragten Unterauftragnehmer*innen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat;

- mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Unterauftragnehmer*innen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können;
- der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.

Ich erkläre/Wir erklären, dass ich mir/wir uns von jedem*jeder von mir/uns beauftragten Unterauftragnehmer*in eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse wie für alle weiteren Unterauftragnehmer*innen der Unterauftragnehmer*innen und diese dann der Universität Mannheim auf Anforderung hin vorlege und/oder von jedem von mir/uns beauftragten*jeder Unterauftragnehmer*in eine schriftliche Versicherung geben lasse, dass dieses*diese den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmer*innen ausführt und diese Versicherung der Universität Mannheim auf Anforderung hin vorlege.

Ich erkläre/Wir erklären, dass ich mich verpflichte/wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die Unterauftragnehmer*innen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmer*innen ausführen.